

CDU RATSFRAKTION | Westenmauer 10 | 59227 Ahlen

Ahlen, 10.12.2024

## **CDU stimmt für differenzierte Grundsteuer**

*Lehmann: Belastung der Bürger geringhalten*

Wohnen in Ahlen nicht unnötig verteuern – das war das Ziel der CDU Fraktion in der Abstimmung über die neue Grundsteuerhebesatzung am Dienstag im Rat. Damit lehnte die Fraktion den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag ab: „Die Grundsteuer für Wohnimmobilien in Ahlen wäre im Durchschnitt deutlich gestiegen, hätte der Rat dieser Vorlage zugestimmt“, erklärt Peter Lehmann als Fraktionsvorsitzender. Dies habe nicht zuletzt eine Beratung durch den Bund der Steuerzahler ergeben.

Die neue Satzung wurde notwendig, weil die bisherige Grundsteuer vom Bundesverfassungsgericht verworfen wurde. Zu lange waren die Steuermessbeträge nicht aktualisiert worden. „Ein Vollversagen des Bundes, welches die Kommunen ausbaden dürfen“, kritisiert Ralf Marciniak als stellvertretender Fraktionschef. Nach einer Neubewertung der Grundstücke durch die Finanzämter ist der durchschnittliche Steuermessbetrag in Ahlen insgesamt für viele Wohnimmobilien gesunken. Die Folge: Für ein gleichbleibendes Steueraufkommen der Stadt muss der Hebesatz steigen. Nach dem Vorschlag von Kämmerer Schlebess einheitlich auf 837 Prozentpunkte. Hier setzt die Kritik der Union an: Im Durchschnitt würde die Belastung für verschiedene Wohnimmobilien knapp 40% über dem bisherigen Wert liegen. „Ein unhaltbarer Zustand“ so Marciniak.

Entsprechend hatte der Hauptausschuss bereits am Montag auf Vorschlag der CDU die Satzung abgeändert: Höhere Hebesätze für unbebaute Grundstücke, dafür nur noch ein Hebesatz von 699 Prozentpunkten für Wohngrundstücke. Für letztere eine erhebliche Minderung gegenüber dem Verwaltungsvorschlag.

Zum Feiern ist den Christdemokraten dennoch nicht zu Mute: „Bei der Festlegung der Satzung können wir leider kaum Einzelfälle berücksichtigen, sondern sind auf die Betrachtung des Durchschnittes aller Grundstücke einer Klasse fixiert“, so Lehmann. Im Einzelfall könne es immer noch zu erheblichen Abweichungen kommen. „Insofern ist die Grundsteuerreform des Bundes verkorkst“. Man könne vor Ort nur versuchen die größten Belastungen abzufedern - eben mit differenzierten Hebesätzen.